

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 20 mm breite Zeile kostet Goldmark 0,30, für auswärtige Goldmark 0,35, für den Ausland Goldmark 0,50. Die Kleinanzeigen, 81 mm breit, kosten Goldmark 1,50, für auswärtige Goldmark 2,00. — Die Preisliste für Druck- und Anzeigen beträgt Goldmark 0,10. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Sonderregel nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 G. Mark bei frischer Zustellung durch Boten. Postbezug für Monat März 2,25 Goldmark, für die Monatsmonatlich 2 Fr. 25. Streifenbestellungen: im Inlande wöchentlich 0,9 Goldmark, nach dem Ausland wöchentlich 1,20 Goldmark. Einzelnummer 10 G. Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 27 980, 27 981, 27 982, 27 983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060

Abbestellung Einzelnummern (ohne Adressen) werden weder juristisch noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben unsere Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erfüllung des entsprechenden Anlasses

Nr. 26 Sonnabend, 29. März 1924 XXXII. Jahrg.

Ein stark verkleinertes Konzentrationstabinett Poincaré

Die Heze gegen Dr. Stresemann

Schärfung des Konflikts zwischen Volkspartei und „Nationalliberalen“ Vereinigung

B. Berlin, 28. März. (Eig. Drahtbericht.) Am Mittwochabend hat ein führendes Mitglied der sogenannten „Nationalliberalen“ Vereinigung eine Besprechung mit Dr. Stresemann gehabt, bei der man sich nach einem Ausgleich gesucht zu haben scheint. Der Versuch ist aber gescheitert, und der Konflikt hat sich offensichtlich verschärft. Angeblich soll man sich trotzdem noch auf der Parteivorstandssitzung in Hannover am eine Vergleichung der Differenzen bemühen wollen. Die „Nationalliberalen“ erklären aber schon heute, daß verschleierte Herren der „Nationalliberalen“ Vereinigung bereits jetzt auf dem Konflikt mit der Parteileitung ihre Konsequenzen ziehen und Kandidaturen nicht mehr annehmen wollen. In ihnen geht nach derselben Quelle auch Herr Dr. Dusaß. Das heißt, es ist so, als ob der Herr Dr. Dusaß zu seiner Genugtuung wäre. In der „D. N. Z.“ deutet allerdings Herr Professor Reuß die Situation anders an. Dieser führende Linkssozialist will aus der gestrigen Industriekommunikation herausgehört haben, daß der Herr Dr. Stresemann sich bei der Wahl der „Nationalliberalen“ Vereinigung angeschlossen habe, gegen den die Herr Dr. Stresemann nachstehende Presse den Kampf mit einer neuen Schärfe führe. „Man hat“, so resümiert sich schließlich Herr Reuß, den Eindruck, daß eine Weiter-

führung dieser ungeschickten Kampfesweise für die Deutsche Volkspartei doch recht schädlich werden könnte.“

Nach dem berühmten Muster, von einem andern etwas zu beschreiben, was man selbst getan hat, um die Aufmerksamkeit von sich selbst abzuwenden, werden jetzt jene Kreise, die Herrn Dogaer nahe stehen und die seit langer Zeit den Konflikt zwischen Dr. Stresemann mit allen Mitteln und ohne Rücksicht auf die Interessen des deutschen Volkes führen — ausgerechnet Herr Dr. Stresemann eine „ungeschickte Kampfesweise“ vor. Sie scheinen der Auffassung zu sein, daß es bereits „angenehm“ ist, wenn der deutsche Reichsaussenminister und die zu ihm stehende Presse die unerhörte Heze, die von gewissen Interessentengruppen, nach deren Willen Herr Dr. Stresemann sich zu tunzen weigert, getrieben wird, mit aller Offenheit an den Pranger stellt. Das wird auch weiterhin geschehen! Denn wir sind der Ansicht, daß ein deutlicher Minister Vertrauensmann des ganzen Volkes zu sein hat und nicht eine Puppe in den Händen unverantwortlicher, wenn auch mächtiger Oligarchen und Verbände, die allzuoft ihre eigenen privaten Interessen mit denen der Volksgemeinschaft verwechseln.

„Der französische Mussolini“

Poincaré bei der Neuorganisation der französischen Regierung — Starke Verminderung der Zahl der Ministerien — Poincaré und Millerand

(Telegramm unseres Pariser Korrespondenten) Paris, 28. März.

Gegen 8 Uhr abends hat Poincaré, wie zu erwarten war, dem Präsidenten der Republik erklärt, daß er die Neubildung des Kabinetts übernehmen werde. Es scheint dabei nicht ohne harte Kämpfe abgegangen zu sein. Es heißt nämlich, daß Poincaré in der Unterredung am Mittwoch den Präsidenten der Republik, Millerand, vor die Wahl stellte, entweder die Bildung eines neuen Kabinetts Poincaré anzunehmen oder auf Poincarés Persönlichkeit ähnlich zu verzichten. Millerand wollte nämlich, daß Poincaré mit seinem unveränderten Kabinett noch einmal die Vertrauensfrage stellen möge, da an einer Mehrheit für die Regierung nicht zu zweifeln gewesen wäre; doch Poincaré lehnte es ab, und zwar aus folgenden Gründen: Er will ein stark verkleinertes konzentriertes Kabinett schaffen, das sich nur in vier Teile gliedert: Außenminister, Inneres, Volkswirtschaft, Landesverteidigung. Der Plan Poincarés war bereits seit einiger Zeit in politischen Kreisen bekannt. Die große Presse ist bereit, für ihn einzutreten, wenn er verwirklicht werden sollte. Poincaré verhandelt zur Zeit mit seinen Freunden, um den Plan, von dem er sich viel verspricht, auszuheben zu können. Es bleibt ihm natürlich immer noch der Wunsch, sich im Falle des Scheiterns mit einem Kabinett traditionelleren Stils zu begnügen. Aber Poincaré scheint dies mal aufzugeben zu gehen. Wenn sein Ministerium zustande kommt, würde die Kammer wahrscheinlich sofort in die Ferien schickte, und bis auf weiteres würde der Ministerpräsident auf Grund des Ermächtigungsgesetzes regieren. In konservativen Kreisen spricht man bereits von Poincaré als dem „Mussolini Frankreichs“.

den oder wie weit er sich noch durch Rücksichten auf parlamentarische Traditionen Einschränkungen auferlegen wird. Es spielt ferner auch keine Rolle, ob er sein Kabinett innerpolitisch eine Nuance weiter nach rechts oder, was wahrscheinlicher ist, eine Nuance weiter nach links bildet. Derartige Parteiennuancen haben nur in Deutschland prinzipielle Bedeutung. In Frankreich sind Parteien, sondern durch Persönlichkeiten gebildet und es wird die Persönlichkeit Poincarés sein, welche die Politik des neuen Kabinetts entscheidet, nicht die parteipolitische Nuance der Mitarbeiter, mit denen er sich umgibt.

Macdonald lehnt einen Garantievertrag mit Frankreich ab

Der Völkerbund als einzige Friedensgarantie — Scharfe Angriffe Aquiths gegen die französische Reparationspolitik

London, 27. März.

Bei der dritten Sitzung der Consolidated-Funds-Bill erfuhr Aquith Informationen über die Lage in Moskau. Er fragte, wann Macdonald die dem französischen Völkerbund entsprechenden Dokumente veröffentlichte, welche Fortschritte zur Vervollständigung der Berichte der Sachverständigenausschüsse gemacht, wann sie veröffentlicht würden und was das dann in Aussicht genommene Verfahren sei. Es befiel eine neuer Gesandtschaft in der Reparationsfrage, der in erster Linie das Ruhrgebiet und Rheinland berühren. Aquith habe Macdonald den Artikel der „Times“ gelesen, wonach britische Vereinbarungen mit Frankreich der besetzten Gebiete getroffen worden seien und während die Sachverständigenausschüsse verhandeln, einen Plan für Reparationszahlungen auszuarbeiten, französische Crossaktionen mit Generalen daran zu beteiligen, ein System zu entwickeln, das die besetzten Gebiete zu einer Art besondern Reparationsbehörde machen würde. Es werde gefordert, daß die vorgeschlagenen Entschlüsse durch eine Methode finanziert werden sollten, welche die Indikatoren der besetzten Gebiete so gut wie ganz ruinieren und es ihnen unmöglich machen würde, mit dem übrigen Deutschland in den Wettbewerb zu treten, ferner die Fähigkeiten des Landes, seine Abwehr zu rehabilitieren, ungeschädigt zu machen oder ernstlich beeinträchtigen würden. Aquith fragte, ob diese Mittelungen eine wirkliche Darstellung der französischen Politik seien, und welche Schritte Macdonald unternommen habe, um die britischen Interessen zu schützen, sowie welche Fortschritte gemacht worden seien, um die ausgewiesenen Einwohner zurückzuführen und die politischen Gefangenen in Freiheit zu setzen. Sei in der Vergangenheit eine Wendung eingetreten seit dem Besuch Lloyd George in Moskau? Aquith wies auf die Kämpfe Lord Pauncefote im Völkerbund und bezüglich des Saargebietes hin, wo sich ein ernstliches Hindernis für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bilden könne. Zur allgemeinen Frage der Sicherheit nahm Aquith Bezug auf das im französischen Weltbuch veröffentlichte Memorandum Hochs über die Zentralisierung des Rheinlandes und sagte, eine gemeinsame internationale Garantie der Mächte, die dem Völkerbund angehören, sei die einzige Grundlage, auf der die Sicherheit geregelt werden könne.

Reparationsprobleme bilden sollten. Wenn dies der Fall sei, so würde die englische Regierung gegen die Ausführung solcher Abmachungen unerschütterlich Einspruch erheben. Die deutsche Regierung habe z. B. gewisse Steuererlasse erlassen, die sich normalerweise auch auf das Rheinland erstrecken. Diese seien der Rheinlandkommission vorgelegt worden, die darüber zu entscheiden habe, ob die Befehle irgendwie die Sicherheit der Befugnisgruppen gefährdeten. Obwohl ein Einwand in dieser Hinsicht nicht erhoben werden konnte, werde doch das Ansehen gestellt, daß man die Anwendung dieser Befehle auf das Rheinland verhindern und sie nach Gesichtspunkten prüfen müsse, zu dem die Rheinlandkommission keinen Anlaß habe. England habe gegen derartige Anordnungen über seine Stellungnahme keinen Zweifel gelassen. Er hoffe, daß die französische Steuererlasse von der Rheinlandkommission auf normalem Wege revidiert, und daß man über die ganze Angelegenheit nicht mehr hören werde. Auf die Ausführungen Aquiths über die Kommissionen und Komitees im Saargebiet erwiderte Macdonald, es sei angeregt worden, daß diese Kommissionen und Komitees Verantwortungen, Pflichten und Rechte auf sich nehmen sollten, die ihnen nicht zuständen. Die Politik, an der die britische Regierung streng und unheimlich festhalte, sei die, daß diese Komitees und Kommissionen im Interesse einer einmütigen und raschen Regelung auf die ihnen zugewiesenen Funktionen und Pflichten beschränkt werden müßten und daß ihnen nicht gestattet werden dürfe, diese Grenzen auch nur im geringsten zu überschreiten. Mit Bezug auf die französische Sicherheit erklärte sich Macdonald sehr überzeugt, daß Frankreich durch irgendwelche Sonderabkommen nie als sicheres Gebiet erlangen könne, da es Länder von irgendwelcher Bedeutung nie zum Abschluß eines solchen Paktes gewinnen würde. Es habe keinen Zweck, Frankreich Garantien anzubieten, ohne ihm zu sagen, auf welche Kräfte sich diese gründeten. Dies sei einer der zwangsläufigen Umstände, wenn man das Ziel der Sicherheit auf dem Wege von Sonderpakten anstrebe. Die britische Regierung strebe nach der Garantie einer Gemeinschaft des Völkerbundes, da reale Friedensgarantien nur auf der Grundlage der Völkervereinbarung, der Schiedsgerichtsbarkeit und einer unparteiischen Rechtsprechung erreicht werden können. Die Regierung habe es abgelehnt, in eine Teilung des Sicherheitsproblems einzutreten.

Das Telegramm unseres Pariser Korrespondenten bestätigt, was gestern an dieser Stelle vertretene Auffassung von der französischen Kabinettskrise. Poincaré hat das zufällige Ergebnis der Kammerabstimmung — unterdessen hat sich übrigens herausgestellt, daß die Niederlage der Regierung eigentlich auf einem nach der Geschäftsordnung der französischen Kammer allerdings unkorrigierbaren Irrtum beruht; die nach der neuen Zählung abgegebenen Stimmen stellen sich jetzt auf 201 Nein und 208 Ja heraus, da einige Deputierte die in ihrer Abwesenheit abgegebenen Stimmen berücksichtigt — benutzt, um den von ihm schon lange vorbereiteten Plan einer grundlegenden Neuorganisation des Kabinetts durchzuführen.

Dabei die Hartnäckigkeit, mit der er auf der Demission des gesamten Kabinetts bestand, trotz dem Millerand ihm zum Weichen rief. Dabei auch seine kategorische Erklärung an die Journalisten, daß sein Entschluß unumkehrbar sei. Er war insofern unwiderstehlich, als Poincaré sich entschlossen war, nicht nur eine bestimmte Umgestaltung seines Kabinetts vorzunehmen, sondern eine weitgehende Neubildung von einem Umfange, wie er in der Geschichte der französischen Republik bisher einzigartig dastand.

Überdies rief er zunächst auf einen gewissen Widerstand Millerands, der sich gegen derartige weitgehende Pläne wandte. Nicht weit von ihm im Prinzip abneigend wäre, wenn im Gegenteil Millerand hat sich bereits mit viel weitestgehenden Reformplänen befaßt. Sein Widerstand richtet sich nicht so sehr gegen die Sache als gegen die Person, die diese Reformen durchführen sollte. Poincaré wurde gestern abend von einem Teile der Pariser Presse als „der kommende Mussolini Frankreichs“ bezeichnet. Man kann aus mancherlei Anzeichen der letzten Jahre vermuten, daß er bei dem Weltkriege um den Vorden eines französischen Mussolini in Millerand einen Konkurrenten hat.

Wie weit dieser Gegensatz bei den Verhandlungen zwischen Canal d'Orsay und Cistère getrieben und vornehmlich eine Rolle gespielt hat, läßt sich natürlich von hier aus zur Stunde noch nicht beurteilen. Jedenfalls ist es dem Gefühl Poincarés gelungen, seine Position auf zu verteidigen, und er wird es sein, der die ersten Maßnahmen einer Neuorganisation der französischen Exekutive trifft, die heute noch lediglich als Ersparnismaßnahme gilt, die sich aber bereits morgen als der Anfang einer grundlegenden Revision der französischen Verfassung erweisen kann.

Im Vergleich zu dieser Perspektive spielt es keine allzu große Rolle, wie weit es Poincaré gelingt, schon diesmal sein erweitertes Konzentrationstabinett zu bilden.

„Ersparnismaßnahmen“

Paris, 28. März. (Eig. Drahtbericht.) Nach den Kommentaren der offiziellen Morgenblätter zu schließen, beabsichtigt Poincaré, sich von seinen sämtlichen bisherigen Mitarbeitern zu trennen, mit Ausnahme von Maginot und Le Troquer, die bei der Vorbereitung der Kabinettsbildung eine besonders hervorragende Rolle gespielt haben. Gleichzeitig wird Poincaré die Zahl der Ministerien beträchtlich, wie man anzunehmen vermag, wahrscheinlich auf neun, eventuell sogar acht, herabsetzen. Das vergangene Kabinett zählte bekanntlich 14 Ministerien. Davon würden verschiedene verschwinden oder mit andern zusammengelegt werden. Nach dem „Petit Parisien“ legt Poincaré dieser Einschränkung der Zahl der Ministerien den von einer besonderen parlamentarischen Kommission eingerichteten Plan Maria zugrunde. Dieser Plan, der während der letzten Finanzdebatte allgemeine Aufmerksamkeit fand, sieht durch Abschaffung der verschiedenen Minister eine jährliche Ersparnis von einer Milliarde Franken vor. Es ist aber nicht anzunehmen, daß das Kriegsministerium und das Ministerium für öffentliche Arbeiten, wie behauptet wurde, miteinander verschmolzen werden.

Der „Matin“ zur Kabinettskrise

Paris, 28. März. Die Blätter beschäftigen sich weiter eingehend mit der Ministerkrise. In einem ausführlichen Artikel des „Matin“ heißt es: Als Poincaré zurücktrat, sei er der Ansicht gewesen, daß die Krisis seines Gesamtministeriums durch das Nichtanzustehen der Kammer in Frage gestellt worden sei. Millerands Bemühungen aber und die Rundgebung in der Kammer hätten ihn zur Meinung gebracht, daß er die Krisis werde weichen können. Der Ministerpräsident habe sich deshalb mit dem Gedanken einer Umgestaltung seines Kabinetts vertraut gemacht, und da er den Finanzminister allein nicht habe opfern wollen, sich der in den letzten Wochen als erstbesten Teile der Bildung eines Kabinetts, in wenigen Stunden zusammengesetzten Ministerium angeschlossen. Poincaré habe nun gefordert über diese Möglichkeit eingehend mit Maginot und Le Troquer verhandelt, ohne sich, wie es scheint, ihren Ideen ganz anschließen. Weiterhin habe er jedenfall den Wunsch gehabt, daß Poincaré nicht auf den Weg der Schaffung eines „Kabinettsministeriums der nationalen Verteidigung“ oder eines „Ministeriums der nationalen Wirtschaft“ eingeleitet würde. Aber man glaube, daß er die Zahl der Minister von 14 auf 10 oder 9 herabsetzen werde.

„Apotheose Poincarés“

Die Pariser Presse in Erwartung des neuen Kabinetts

Paris, 28. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Besprechungen Poincarés zur Umgestaltung des Kabinetts sollen vermutlich heute abend, spätestens morgen zum Abschluß gelangen. Auf alle Fälle wird sich das Kabinett dem Parlament erst am Sonntag vorstellen. Die Blätter besprechen die Uebernahme der Kabinettsbildung durch Poincaré und machen gleichzeitig die Feststellung, daß die an und für sich bedeutungsvolle Regierungskrise dem Ministerpräsidenten eine erwünschte Gelegenheit bietet, sich mit Hilfe von unpopulären Mitarbeitern zu entziehen.

In einem Teil der Presse, namentlich der radikalgerichteten, taucht der Wunsch auf, daß Poincaré sich nicht nach links orientiere und daß in der Zusammenstellung seines neuen Kabinetts diese Tendenz deutlich zum Ausdruck kommen werde. Der nationalistische „Matin“ äußert diesen Wunsch und betont gleichzeitig sein Bestreben über die eigenartige Unternehmung, die die radikalsozialistische Presse Poincaré während der kritischen Tage vorrechnen und stellen angedeihen ließ. „Edo de Paris“ schließt gleichfalls einen auffallend gemessenen Ton an. Das Blatt stellt fest, daß Frankreich